

II- 253 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 8. Juli 1970 No. 188/J

A n f r a g e

der Abgeordneten **M e i t e r** und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Inneres,
betreffend Personalstand der Gendarmerie in Vorarlberg.

Die unter Zahl II-244 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates der XII. Gesetzgebungsperiode erfolgte Beantwortung der Anfrage 108/J kann in keiner Weise befriedigen. Insbesondere ist auffallend, daß der Bundesminister für Inneres in der gegenständlichen Anfragebeantwortung Verhältniszahlen nur für fünf Bundesländer angeführt hat, obwohl die Republik bekanntlich aus neun Bundesländern besteht. Außerdem wurde aus unerklärlichen Gründen der Umstand verschwiegen, daß in verschiedenen Bundesländern - auch in den vom Bundesminister für Inneres angeführten - Bundespolizeidienststellen bestehen und daß deren Besetzung naturgemäß ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Wenn der Herr Bundesminister für Inneres die Auffassung vertritt, daß unter Berücksichtigung der von ihm angegebenen Vergleichszahlen von einer personellen Unterbesetzung des Gendarmeriekorps in Vorarlberg keine Rede sein könne, dann müßte er konsequenterweise auf dem Standpunkt stehen, daß etwa das Bundesland Tirol in bezug auf Dienstposten der Bundesgendarmerie eine Überbesetzung von 25% aufweist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

- 1) Vertreten Sie tatsächlich den Standpunkt, daß das Bundesland Tirol im Vergleich zum Bundesland Vorarlberg in bezug auf Dienstposten der Bundesgendarmerie eine 25%ige Überbesetzung aufweist?
- 2) Womit begründen Sie die stärkere Besetzung in allen anderen Bundesländern unter Einbeziehung der Bundespolizei gegenüber dem Landesgendarmeriekommando Vorarlberg?

-2-

- 3) Sind Ihrer Ansicht nach nicht alle von Ihnen in der gegenständlichen Anfragebeantwortung zu Frage 1) aufgezählten Faktoren vorhanden, die dafür sprechen würden, das Landesgendarmeriekommando Vorarlberg mit mehr Dienstposten zu betellen?
- 4) Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß das Landesgendarmeriekommando Vorarlberg unter Berücksichtigung der von Ihnen aufgezählten maßgeblichen Faktoren so viele Dienstpostenzuteilungen erhält, daß für die Sicherheit der Bevölkerung annähernd gleiche Voraussetzungen geschaffen werden, wie sie in anderen Bundesländern bereits bestehen?
- 5) Inwieweit wurden bisher durch weit unter dem Durchschnitt liegende Zuteilungen an Dienstposten die Beförderungen von Gendarmeriebeamten behindert bzw. unmöglich gemacht?

Wien, 8.7.1970